

Bundesausschuss Friedensratschlag



Zur Wahl des Parlaments der Europäischen Union (EU)

Abrüsten statt Aufrüsten auch in Europa

Wir wollen ein friedliches, demokratisches und solidarisches Europa. Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus erfahren unseren entschiedenen Widerstand. Nicht aufrüsten, vielmehr abrüsten ist für uns das Gebot der Stunde.

Noch mehr Waffen können nur töten, nicht schützen. Vorrangig müssen die Atomwaffen aus dem Leben der Völker verschwinden. Deshalb verlangen wir, das UNO-Atomwaffenverbot zu unterstützen. Der INF-Vertrag, der die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in Europa untersagt, muss erhalten bleiben. Waffenexport bringt Tod und Verwüstung. Ein Exportverbot ist politisch und moralisch geboten.

Die Europäische Union darf keine Militärmacht werden. Deshalb Schluss mit den eingeleiteten europäischen Rüstungsprojekten und den militärischen Auslandseinsätzen. Statt noch weiterer Rüstungsausgaben wollen wir mehr Geld für Ziviles. Für Wohnen, Bildung, Gesundheit, öffentlichen Nahverkehr und Infrastruktur.

Ein solidarisches Europa, das wir wollen, lässt Menschen nicht ertrinken und schiebt sie nicht in Not und Elend ab. Wir wollen mehr Mitwirkungsrechte der Bevölkerung auf das EU-Parlament. Die EU muss ihr Gewicht in der internationalen Politik nutzen und als Vermittlerin in Krisensituationen tätig werden. Nicht die Rechten dürfen in Europa den Ton angeben, sie haben keine zukunftsweisenden Konzepte.

Ein friedliches, demokratisches und solidarisches Europa ist möglich. Wer das will, muss dafür eintreten. Auch bei der Wahl zum Parlament der EU am 26. Mai 2019.

V.i.S.d.P.R.: Willi van Ooyen, Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V. c/o Gewerkschaftshaus,
Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77, 60329 Frankfurt am Main, Tel.: 069/24 24 99 50, Fax: 069/24 24 99 51,
e-mail: Frieden-und-Zukunft@t-online.de, <http://www.frieden-und-zukunft.de>

Die Friedensarbeit wird durch Spenden finanziert:
Konto, Frankfurter Sparkasse (IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90)



abrüsten statt aufrüsten

Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln, auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP). So wurde es in der NATO vereinbart. Zwei Prozent, das sind mindestens weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen, so bei Schulen und Kitas, sozialem Wohnungsbau, Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr, Kommunalen Infrastruktur, Alterssicherung, ökologischem Umbau, Klimagerechtigkeit und internationaler Hilfe zur Selbsthilfe.

Auch sicherheitspolitisch bringt eine Debatte nichts, die zusätzlich Unsummen für die militärische Aufrüstung fordert. Stattdessen brauchen wir mehr Mittel für Konfliktprävention als Hauptziel der Außen- und Entwicklungspolitik. Militär löst keine Probleme. Schluss damit. Eine andere Politik muss her. Damit wollen wir anfangen: Militärische Aufrüstung stoppen, Spannungen abbauen, gegenseitiges Vertrauen aufbauen, Perspektiven für Entwicklung und soziale Sicherheit schaffen, Entspannungspolitik auch mit Russland, verhandeln und abrüsten.

Diese Einsichten werden wir überall in unserer Gesellschaft verbreiten. Damit wollen wir helfen, einen neuen Kalten Krieg abzuwenden.

**Unterzeichnen Sie jetzt unsere Unterschriftenaktion
und fordern Sie die Bundesregierung auf, „abrüsten statt aufrüsten“.**

Name / Vorname	Straße / PLZ / Ort	Unterschrift
1		
2		
3		
4		
5		